



Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stellungnahme des 17. Landeselternbeirates zur hohen staatlichen Förderung des neuen United World College Freiburg

In seiner Sitzung am 15.10.2014 hat sich der Landeselternbeirat aus aktuellem Anlass mit der ausgesprochen üppigen finanziellen Förderung aus Landesmitteln für das neue deutsche UWC Freiburg beschäftigt. Die mobilisierten Summen auch seitens der Kommune Freiburg irritieren Elternvertreter sowohl staatlicher als auch freier Schulen in gleichem Maße. Das Gremium moniert die Umstände des Zustandekommens der öffentlichen Förderung, wendet sich ausdrücklich jedoch nicht gegen ein deutsches UWC an sich.

Über die genauen Hintergründe der Förderrichtlinien hätte sich der Landeselternbeirat sehr gerne im direkten Austausch mit dem Wirtschaftsministerium auseinandergesetzt - diesem Wunsch wurde bedauerlicherweise nicht entsprochen. Aufgrund einschlägiger und detaillierter Pressemitteilungen wird das Fernbleiben ministerialer Vertreter mit der Begründung, man befinde sich noch in laufenden Verhandlungen, als vorgeschoben gewertet.

Aufgrund einer Anmahnung des Landesrechnungshofes wurde vor einigen Jahren die Förderung von Ergänzungsschulen, zu denen alle bereits existierenden baden-württembergischen internationalen freien Schulen gehören, aus Mitteln des Kultusetats herausgenommen. Die Förderung wurde daraufhin durch das Wirtschaftsministerium im Zuge der „Wirtschaftsförderung“ übernommen.

Nun soll allerdings nahezu zeitgleich die Förderung für die bereits existierenden internationalen freien Schulen im Land eingestellt werden und alleine das UWC in Freiburg soll in ganz erheblichem Umfang gefördert werden.

Eine dermaßen hohe Wirtschaftsförderung eines ganz offensichtlichen Prestigeobjektes für das Land ist in mehrfacher Hinsicht für den Landeselternbeirat nicht nachvollziehbar:

1. Die Förderung überschreitet sehr weit das ansonsten übliche Maß.
2. Jede neue, eventuell staatlich förderungswürdige freie Schule muss sich zunächst 3 Jahre selbst finanzieren, um sich damit sozusagen zu beweisen. Rückwirkend wird diese finanzielle Vorleistung - auch bei erfolgter staatlicher Anerkennung - nicht erstattet. Diese Einschränkung entfällt beim UWC Freiburg.
3. Das UWC startet noch nicht mit der vollen geplanten Schülerzahl, erhält aber dennoch diese üppigen staatlichen Mittel von Anfang an in komplettem Umfang.



4. Der Landeselternbeirat wird regelmäßig mit der beschlossenen Schuldenbremse und leeren staatlichen Kassen bei wichtigen bildungspolitischen Forderungen für unsere staatlichen und freien Schulen zurückgewiesen.
5. Die Stadt Freiburg sieht sich aufgrund leerer kommunaler Kassen z.B. nicht in der Lage, die dringend notwendigen Schulsozialarbeiterstellen für alle Schularten zu finanzieren, beteiligt sich nun aber selbst über den Umweg von Stipendien an der Förderung des UWC.
6. Die bisherige Förderung der bereits existierenden internationalen Ergänzungsschulen soll künftig zugunsten des UWC ganz wegfallen – eine extremere Ungleichbehandlung ist nicht vorstellbar.

Der Landeselternbeirat ist entsetzt darüber, wie die Landesregierung bereit ist, für ein Prestigeobjekt von ihren guten bildungspolitischen Vorsätzen zur Bildungsgerechtigkeit abzusehen. Dass sich das Wirtschaftsministerium dabei keinen kritischen Nachfragen stellen will und Anfragen eines demokratisch legitimierten Beratungsgremiums wie des Landeselternbeirates einfach ignoriert, relativiert die hehren Ansagen der Landesregierung zur Bürgerbeteiligung überdeutlich.

Für den 17. Landeselternbeirat

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 20.10.2014